

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

6. Ausgabe / 31. Jahrgang

Für Halle (Saale)

15. Juni 2021

## Vielen Dank an unsere 4 Direktkandidierenden



**Hendrik Lange**  
Wahlkreis 35



**Janina Böttger**  
Wahlkreis 38



**Dirk Gernhardt**  
Wahlkreis 36



**Henriette Quade**  
Wahlkreis 37

Besser **DIE LINKE.**

Wahlauswertung

	<b>Erststimmen</b>	<b>Zweitstimmen</b>	<b>Wahlbeteiligung</b>
<b>Halle gesamt</b>	15,3 %	13,1 %	62 %
<b>Wahlkreis 35/ Hendrik Lange</b>	16,1 %	12,7 %	52,4 %
<b>Wahlkreis 36/ Dirk Gernhardt</b>	14,2 %	13,7 %	65,1 %
<b>Wahlkreis 37/ Henriette Quade</b>	17,4 %	14,3 %	72,6 %
<b>Wahlkreis 38/ Janina Böttger</b>	13,0 %	11,1 %	56,3 %

Briefwahl

	<b>Erststimmen</b>	<b>Zweitstimmen</b>
<b>Wahlkreis 35/ Hendrik Lange</b>	20,1 %	15,4 %
<b>Wahlkreis 36/ Dirk Gernhardt</b>	15,5 %	14,6 %
<b>Wahlkreis 37/ Henriette Quade</b>	17,2 %	13,8 %
<b>Wahlkreis 38/ Janina Böttger</b>	15,6 %	13,2 %

Liebe Genossinnen und Genossen,  
 liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

es gibt nichts zu beschönigen: Das Ergebnis der Landtagswahl ist sehr bitter für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt. Wir haben noch einmal deutlich an Stimmen verloren, auch unser 2016 erkämpftes Direktmandat. Trotz aller Anstrengungen ist es uns auch nicht gelungen, das in einem anderen Wahlkreis auszugleichen. Alle Direktkandidatinnen und Direktkandidaten, die Genossinnen und Genossen in den Kreisverbänden und viele Sympathisantinnen und Sympathisanten haben toll gekämpft. Wir haben in einigen Direktwahlkreisen auch mit neuen Gesichtern gute Erststimmenergebnisse erzielt. Dazu habt ihr alle mit hohem persönlichem Einsatz beigetragen, dafür euch allen herzlichen Dank.

Wir sind mit der klaren Aussage angetreten, in Sachsen-Anhalt einen Politikwechsel herbeiführen zu wollen. Natürlich wollten wir einen Rechtsruck in Sachsen-Anhalt verhindern, aber vor allem sind wir für eine Politik angetreten, die sich an den Interessen der Mehrheit der Menschen in Sachsen-Anhalt orientiert, für ein mehr an sozialer Gerechtigkeit, für einen sozial gerecht gestalteten sozial-ökologischen Umbau, für die schon lange überfällige Herstellung einer Lohn- und Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West, für eine bessere Bildung unserer Kinder und für viele andere große und kleine Dinge. In Auseinandersetzung mit der desaströsen Bilanz der Landesregierung haben wir konkrete Vorschläge gemacht für eine bessere Personal-, Wirtschafts- und Förderpolitik, für die öffentliche und soziale Infrastruktur.

Der Landtagswahlkampf wurde allerdings von einer anderen Debatte dominiert – der Pandemie und ihren Folgen. Es gab kaum ein Thema, das darüber hinaus stärkeren Widerhall in der öffentlichen Wahrnehmung fand. Die Regierungsbilanz spielte faktisch keine Rolle mehr.

Das hat unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer mit unserer Spitzenkandidatin Eva von Angern vor enorme Herausforderungen gestellt. Euch allen gilt unser ganz großer Dank! Ihr habt einen großartigen Wahlkampf geführt, nicht wenige sind an die Grenzen ihrer körperlichen Kräfte gestoßen.

Es wäre natürlich zu einfach, die Ursachen unseres enttäuschenden Abschneidens nur in der konkreten Situation im Land zu suchen. Wir müssen auch darüber reden, warum wir als Gesamtpartei Gefahr laufen, unsere Funktion in gesellschaftlichen Debatten zu verlieren. Wir stehen daneben und sind zunehmend uninteressant. Und wir müssen darüber nachdenken, warum wir inzwischen von vielen als Teil des politischen Establishments wahrgenommen werden und inwieweit wir noch in der – vor allem ostdeutschen – Gesellschaft verankert sind. Wir werden auch über die Wahlkampagne sprechen und bitten ausdrücklich um eine ebenso kritische wie kollegiale Diskussion dazu.

Einen Tag nach der Landtagswahl kam auch der Landesvorstand gemeinsam mit Eva von Angern und zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Kreise zu einer Beratung zusammen. Auch hier wurde breit über das bittere Ergebnis diskutiert. Wir werden uns in den nächsten Tagen ebenfalls im Landeswahlpodium und mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden verständigen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,  
wir haben es uns alle anders gewünscht. Aber wir müssen mit dem Wahlergebnis umgehen, daraus Konsequenzen ziehen, Ressourcen neu ordnen und einen politischen Aufbruch organisieren. Wir stehen vor einem mindestens genauso fordernden Bundestagswahlkampf, den wir jetzt gemeinsam stemmen wollen, um am 26. September wieder Grund zum Feiern zu haben.  
Kopf hoch, und nicht die Hände!

In diesem Sinne – mit solidarischen Grüßen



Landesvorsitzender



Landesgeschäftsführerin



Landesschatzmeister

# Vielen Dank

Für einen großartigen Wahlkampf bedanken wir uns von ganzen Herzen bei allen, die dabei waren. Bleibt dran, wir bleiben es auch. **Versprochen!**

## Linkes Blatt

### Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345/20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 250 Exemplare  
**Spendeerbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
11.06.2021  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 14.07.2021

## Aus der Stadtratssitzung vom 26.05.2021

Die Stadtratssitzung fand wieder in der Ulrichskirche statt und es wurde vereinbart, diese Sitzung noch einmal verkürzt, also 2 mal 90 Minuten plus Pause, durchzuführen.

Im Bericht des Oberbürgermeisters führte Herr Geier aus, dass für die Sanierung des „Historischen Altstadtkerns“ seit 1994 Fördermittel in Höhe von 155 Mio. Euro eingesetzt wurden. Das Sanierungsgebiet umfasst 500 Einzel- und Kulturdenkmale. Er führte u.a. weiter aus, dass am 17. Mai des Jahres der erste Spatenstich für die Dritte Feuer- und Rettungswache der Stadt Halle (Saale) an der Europachaussee gesetzt wurde. Im April 2023 soll diese Dritte Wache in Betrieb gehen.

Der Stadtrat beschließt dann Umsetzungen von Aufsichtsratsgremien. Diese Notwendigkeit ergab sich daraus, weil die Stadträte Herr Nette (ehemals AfD) und Herr Menke (Freie Wähler), die bisher parteilos waren, in die Fraktion Hauptsache Halle „übergegangen“ sind. Damit wurde die Fraktion zahlenmäßig stärker und konnte einige Mandate in Aufsichtsräten besetzen, die andere, kleinere Fraktionen wieder abgeben mussten. (Anmerkung: Im Kulturausschuss am 2. Juni 2021 stand die Diskussion zum Antrag der CDU: „Für eine Stellungnahme des Stadtrates „gegen das M-Wort“ - Mohr steht in der Tradition unserer Stadt für eine anerkanntswerte Person““. Herr Nette beleidigte in dieser Diskussion den eingeladenen Gast, Herrn N. Kaborè auf das Schärfste. Herr Kaborè gehört zu den Initiatoren der Petition „M-Wort abschaffen“. Er betonte, dass das M-Wort diskriminierend sei. Herr Nette nutzte nicht nur rassistische Begriffe in der Diskussion, sondern beleidigte auch die Initiative. Auch unsere Fraktion verurteilte das Handeln von Herrn Nette und forderte den Austritt aus der Fraktion Hauptsache Halle (Siehe Internetseite) Herr Nette trat am 4. Juni von selbst aus der Fraktion aus und wird wieder fraktionsloser Stadtrat sein. Die Konsequenz wird jetzt auch sein, dass der Stadtrat über die Umbesetzung der Aufsichtsräte nochmals entscheiden wird.)

Ohne Diskussion wurde der Vorlage „Zustimmung zur Annahme des Namensrechte- und Sponsoringvertrags mit der Stadtwerke Halle GmbH“ zuge-

stimmt. Damit sichern sich die Stadtwerke Halle GmbH die Namensrechte an der Ballsporthalle Nietlebener Straße und sponsern 100.000 Euro.

Beschlossen wurde auch das „Sonderprogramm Stadt und Land“. Dabei geht es um Finanzhilfen für Investitionen im Radverkehr, die die Stadt Halle (Saale) zur Verfügung gestellt bekommt. Mit diesem Geld können zusätzliche Fahrradbügel, Investitionen an Radverkehrswegen, aber auch Straßenbeleuchtungen an Radwegen finanziert werden. In der Vorlage sind konkrete Projekte benannt. So gehört z. B. die Straßenbeleuchtung der Hafenbahntrasse dazu.

Zugestimmt wurde auch der Vorlage „Neubau einer dreizügigen Grundschule mit Hort, Sporthalle und Außenanlagen in der Schimmelstraße.“ Diese Grundschule ist dringend notwendig, weil die Schülerzahlen in der Innenstadt ansteigen.

Die Jugendhilfeplanung der Stadt Halle, Teilplan für die Leistungen der Jugendhilfe §§ 11-14, 16 SGB VII für die Jahre 2022-2025 wurde auch beschlossen. In dieser Planung sind Grundbedürfnisse von Jugendlichen enthalten, aber genauso auch eine Analyse der bestehenden Jugendeinrichtungen. Dem wachsenden Bedürfnis von Jugendlichen nach Freiräumen, in denen Jugendliche sich ungezwungen treffen können, sich unterhalten, Musik hören können usw. nimmt mehr zu. In der Jugendhilfeplanung sind jetzt Standorte verortet, wo man diesem Bedürfnis nachkommen möchte.

Einem Antrag der Fraktionen MitBürger & DIE PARTEI, SPD, Grüne, FDP und Linke zu Freifunknetzwerken wurde angenommen. Hier geht es um die Unterstützung des Freifunknetzes in der Stadt Halle, wo kann die Stadtverwaltung z.B. Standorte sichern etc. Zur Unterstützung des W-Lan-Netzes ist das ein guter Plan!

Unsere Anträge zum Bericht über vergütete Praktikumsstellen und zur Änderung der Rahmenvereinbarung zur gewerblichen Beförderung von Briefsendungen (hier geht es um den Einsatz von Lasten-fahrrädern) sind zur weiteren Beratung zunächst in die Fachausschüsse verwiesen worden.

Ute Haupt

## Nachruf

Plötzlich und für uns alle unerwartet verstarb unsere

### Genossin Frigga Schlüter-Gerboth

am 01.06 2021 im Alter von 70 Jahren.

Frigga war eine tatkräftige, kluge Mitstreiterin, die sich als Stadträtin und sachkundige Einwohnerin besonders im Bereich Umwelt und Naturschutz in unserer Region verdient gemacht hat. Die Stadt Halle sollte grüner werden- so entwickelte sie u.a. ein Konzept für die Gestaltung der Peißnitz als „grüne Insel“. Als Wahlkreismitarbeiterin hatte sie stets ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte von Menschen, die sie um Rat und Hilfe baten. Und sie half, wo sie nur konnte.

Ihrer Familie gehört unser tiefes Mitgefühl!

Der Stadtverband Die Linke Halle (Saale)

## Hochschulkürzungen verhindern: DIE LINKE an der Seite der Studierenden!

Seit sechs Jahren gab es am 2. Juni 2021 erstmals wieder größere Kürzungsproteste auf dem Universitätsplatz in Halle.

Anlass dafür war ein Rektoratspapier, was im parallelen Senat abgestimmt werden sollte und das Aus für unzählige Studiengänge bedeutet hätte: Die Wissenschaften des klassischen Altertums, die Südasiawissenschaften, die Agrar- und Sportwissenschaft sowie ein Teil der Politikwissenschaft wären existenziell durch den Wegfall von 13 Professuren bedroht gewesen.

Bei allen Differenzen begründen Landesregierung und Rektorat den Kürzungsdruck gleich:

Da die MLU bei der letzten großen Kürzungsrunde 2014 nicht so gespart hätte, wie die anderen Hochschulen des Landes, hätte sie „sieben fette Jahre“ hinter sich und müsste entsprechend abspecken.

Die Studierenden vom Fachschaftsrat der Philosophischen Fakultät I und Studierende aus den betroffenen



Fachbereichen wiesen aber zurecht darauf hin, dass diese „fette Jahre“ nie existiert haben: Vielmehr wurde auch zwischen 2015 und 2021 kräftig rumgekürzt: Die Japanologie wurde massiv reduziert, die Instrumental- und Gesangspädagogik abgebaut, die Archäologie umstrukturiert - alles begründet durch Finanzknappheit.

Vor diesem Hintergrund ist auch das Rektoratspapier zu sehen, welches die massiven Einschnitte umsetzt, die die jeweilige Landesregierung seit 2014 von der



MLU erwartet - auch wenn sich am 2. Juni niemand von SPD und CDU mehr daran erinnern wollte und das Problem aufgrund von tausenden wütenden Studierenden lieber dem Rektor der MLU in die Schuhe schob.

Durch öffentlichen Druck, die Distanzierung aller Parteien (vor dem Wahlkampf) und die Information der Hochschulöffentlichkeit gelang es dem Senat dann auch, sich auf einen anderen Kurs zu einigen: Jetzt soll eine Strukturdiskussion begonnen werden, deren



Ausgang offen ist.

Es bleibt also kompliziert. Klar ist, dass die Finanzsituation an der MLU dringend reformiert werden muss. Die Hochschulstrukturplanung des Landes darf nicht mehr auf Basis der Kürzungsbeschlüsse von 2014 gültig sein, sondern muss grundlegend überar-

beitet werden. Die 15 Millionen Euro, die der MLU fehlen sollen, müssen langfristig ausgeglichen werden. Ein sparsamer Umgang mit öffentlichem Geld ist natürlich mehr als wichtig, aber der Sparkurs ist eine Katastrophe: Wir brauchen mehr Forschung und Lehre, Wissenschaft und Bildung und nicht weniger. Wir brauchen gut ausgebildete Sportlehrer:innen, Altphilolog:innen, Asien- und Agrarwissenschaftler:innen sowie spezialisierte Politolog:innen. Wir brauchen die Studierenden und Mitarbeiter:innen, die Geld, Motivation und Innovation nach Halle bringen. Und wir brauchen eine starke öffentliche Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt, zu der selbstverständlich auch die MLU zählt.



Gerade während bzw. nach der Corona-Krise muss gelten: Wir brauchen massive öffentliche Investitionen und stehen solidarisch an der Seite der Studierenden und Beschäftigten.

Die Diskussion wird weitergehen und damit sind auch die Kürzungspläne nicht vom Tisch. Dabei kann die MLU sich auf DIE LINKE verlassen: Egal ob auf dem Uniplatz oder im Landtag - gemeinsam mit den Betroffenen kämpfen wir gegen jede Kürzung!



## Leserbriefe

### Vor der Wahl und nach der Wahl

Mit der Parole „Nehmt den Wessis das Kommando“ bei einer Wahlkampfveranstaltung unserer Partei wurde ein Wunschgedanke aufgegriffen, der bei vielen Bewohnern der neuen Bundesländer in den Hinterköpfen schlummert. Es ist eine nicht hinnehmbare Tatsache, dass westdeutsche Beamte und Fachkräfte mehrheitlich die Spitzenpositionen in Politik, Justiz, Wirtschaft, Kultur und Bildung einnehmen. Wobei ostdeutsche Fachkräfte in den alten Bundesländern kaum eine Chance haben, ähnliche Positionen zu erreichen, dass ist das Ergebnis einer 30-jährigen Entwicklung im Einigungsprozess. Dieser Verlauf war kaum partnerschaftlich sondern eher vormundschftlich. So sind die Beziehungen im Denken zwischen Ost und West zu Verhältnissen von unten und oben sowie von Regierten und Regierenden verkommen.

Diese Schiefelage zu ändern, ist eine langwierige Aufgabe. Wer einmal in Position ist, versorgt Verwandte, Bekannte und Studienfreunde mit lukrativen Stellen. Für Veränderungen an dieser Stelle sind Quotenregelungen eher ein untaugliches Mittel. Hierzu müssen wir andere Wege gehen, das heißt wir müssen selbstbewußter unsere Vorzüge und Stärken

beweisen, auch wenn wir dann von denen in den Spitzenpositionen nicht gefallen, kritisiert und vielleicht auch diffamiert werden. Dafür brauchen wir ein ostdeutsches Forum. Es könnte eigentlich nur von den Landtagsfraktionen der neuen Bundesländern gebildet und organisiert werden.

Vielleicht könnte unsere neue Landtagsfraktion DIE LINKE die Initiative ergreifen und die betreffenden Fraktionen einladen, denn wir in Sachsen-Anhalt liegen geographisch in der Mitte. Das Ansprechen unserer Interessen ist der Anfang für Aktivitäten. Die Wähler in den neuen Bundesländern sollten oder müssen mehr und mehr den Eindruck gewinnen, wenn sie ihr Kreuz bei unserer Partei machen, wählen sie sozial, ökologisch und ostdeutsch.

Um uns richtig zu verstehen, es geht nicht schlechthin gegen den Westen. Unsere Solidarität gilt in den alten Bundesländern uneingeschränkt den Gewerkschaftern, den Friedensaktivisten, den Umweltschützern, den Globalisierungskritikern und weiteren Initiativen, die um ihre sozialen Rechte kämpfen.

Hajo Gunkel

### Unsere Kinder würdigen!

Der Weltkindertag (oder: „Internationale Kinder-tag“) liegt schon einige Tage hinter uns, aber Zeit und Platz für unsere Kinder muss sein, denn in ihnen steckt eine Menge Begabungspotenzial (z. B. Fantasie, Neugier!), das zu würdigen und jederzeit zu entwickeln wirklich wert wäre. Schon in der Familie Marx schien das erkannt worden zu sein, denn da hieß es, und mancher wird da zunächst erstaunt dreinschauen oder gar innerlich schäumen: „Die Kinder müssen die Eltern erziehen!“ Solchen Kindern aber muss man nicht erst zeigen, wo ihre Grenzen sind, sie erkennen ihre Grenzen recht schnell selbst in einem Miteinander, in dem Eltern die Bedürfnisse ihrer Kinder achten und umgekehrt. Da könnten Eltern z. B. ohne Bedenken sagen: „Zu Hause könnt ihr tun und lassen, was ihr wollt, aber in der Schule solltet ihr euren Lehrern aufmerksam zuhören, seinen fachlichen Aufforderungen folgen, Fragen stellen und die Hausaufgaben für

die beste Erledigung genau notieren.“ So dürfte die Erziehung „ohne Grenzen“ (manche nennen das vielleicht „Erziehung ohne Erziehung“?) klappen. Das hätte sicher auch den antiautoritären Eltern der 60er-Jahre des vorigen Jahrhunderts gefallen, denn sie setzten nur diese eine „Grenze“: Achtung der Bedürfnisse anderer!

Wo Kinder in ihrer Familie aufs Wort gehorchen müssen - Mancher ist sogar stolz darauf, dass das klappt! - darf sich nicht wundern, dass diese Kinder anderswo (z. B. in der Schule) zu mehr oder minder ausgeprägten Undisziplinierten neigen und einem Lehrer das Unterrichten durchaus verleiden können. Eine der dankbarsten Aufgaben, die den Familien bei der Erziehung ihrer Kinder zukommt, hat Peter Schütt einmal in einem Gedicht beschrieben, in dem er bedauert, dass die Kinder unter seinem Fenster gern Krieg spielen und fordert sie auf, Frieden zu spielen. Sie

fragten darauf: „Onkel, wie spielt man Frieden?“

Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich hier nicht nur die Kinder würdige, sondern auch Luxusprobleme von Kindern in einer modernen Gesellschaft anspreche. Wer denkt an die Kinder, die auf dieser Erde in ständiger Armut leben, Hungers sterben oder gezwungen werden - sie wären froh, wenn sie wenigstens Krieg spielen könnten - , eine Waffe zu tragen und zu morden? Das sind die Relikte imperialen Denkens und Verhaltens, über Jahrhunderte entstanden, die aber längst nicht ausgestorben sind. Den betroffenen Kindern sind unsere Solidarität und unser beharrlicher Kampf für die schnellstmögliche Beseitigung solcher Relikte sicher, damit sie eines Tages ein Leben in Würde genießen können.

Und vielleicht werden sie eines Tages auch das erleben, was Kinder in unserem Lande vor der Wende erleben durften: Da gab es alljährlich um den 10. Mai im Gedenken an die Bücherverbrennung der Nazis

einen Literaturwettbewerb für Kinder, organisiert von der 1998 verstorbenen Halleschen Schriftstellerin Edith Bergner. Eines der Gedichte, die damals entstanden sind, habe ich mir bis heute gemerkt, da es mir besonders gefiel. Dieses Gedicht hat der damals 13jährige Chris Begler geschrieben. Ich weiß nicht, was aus ihm geworden ist.

Ich werde es abschließend in Gedanken rezitieren:

### **Katzen**

Katzenschleichen  
auf ganz weichen Sohlen,  
Beute zu holen,  
zu überraschen,  
blitzschnell zu haschen,  
eh' man's gedacht.  
Katzen sind heimlich  
und lieben die Nacht.

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

### **Wichtiger Hinweis zu den Zuwendungsbescheinigungen**

Wie wir euch bereits mitgeteilt haben, gibt es auch in diesem Jahr keine automatische Zusendung von Zuwendungsbescheinigungen für die Steuererklärung durch die Landesgeschäftsstelle. Wenn ihr die Bescheinigung benötigt, könnt ihr euch per E-Mail an die Landesgeschäftsstelle wenden unter: [zuwendungen@dielinke-lsa.de](mailto:zuwendungen@dielinke-lsa.de). Dabei gebt bitte den Namen und die Anschrift an und wenn ihr mit der Zusendung per E-Mail einverstanden seid, müsst ihr dies mit folgendem Satzerklären:

„Ich bin mit der Zusendung der Zuwendungsbescheinigung per E-Mail an meine E-Mail-Adresse einverstanden.“

Leider ist es in diesem Jahr nicht möglich, eine Zusammenstellung eurer Zuwendungen über unsere Geschäftsstelle im Linken Laden zu erstellen. Trotzdem helfen euch Lydia und Dagmar gern bei der Antragstellung in Magdeburg. Bitte meldet euch dazu im LiLa unter 0345 2025590 (Mo-Do, 11.00 - 15.00 Uhr).

### **Senioren-Café**

Liebe Senior\*innen,  
nachdem wir uns nun pandemiebedingt solange nicht im Rahmen des Senioren-Cafés sehen konnten, wollen wir nun ein lange geplantes Vorhaben verwirklichen und uns gemeinsam mit Hajo Gunkel das Wandbild von Uwe Pfeifer an der ehemaligen pädagogischen Hochschule ansehen.

Dazu laden wir euch herzlich ein.

**Treffpunkt ist am 30. Juni 2021 um 14:30 Uhr an der Haltestelle der Straßenbahn Linie 7 Luise-Otto-Peters-Straße oder um 14:00 Uhr am Linken Laden.**

Von hier können wir gemeinsam zum Treffpunkt fahren.

Wer mit uns gemeinsam mit der Bahn fahren möchte, meldet sich bitte bis zum 28.06.2021 im LiLa an, damit wir eine Gruppenfahrkarte kaufen können.

Bei unserem Treffen halten wir selbstverständlich die gebotenen Corona-Regeln, wie Abstandhalten und FFP2-Masken in der Bahn, ein.

Lydia Roloff und Hajo Gunkel



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat Juni Geburtstag haben.



## Ergänzung

Im Linken Blatt vom 11.5.2021 erinnern Eva von Angern, Stefan Gebhard und in einem Leserbrief Hajo Gunkel an für DDR-Bürger\*innen vorteilhaften staatlichen Regelungen, auf die sie allen Grund hätten, stolz zu sein. Diese möchte ich durch den aus meiner Sicht historischen Fortschritt zur Geschlechtergleichstellung ergänzen, der nach 1990 sogar nach Westen ausgestrahlt hat und dort heute mehr oder minder auch anerkannt wird. Wichtig dafür war das gesetzliche Recht der Frauen auf (bezahlte) Arbeit, das durch kein anderes Familienmitglied in Frage gestellt werden durfte. Es wurde darüber hinaus durch staatlich geförderte Qualifizierungsmaßnahmen, besonders in den sechziger Jahren, ergänzt.

In den Siebzigern erhielten die Frauen das Recht, selbst darüber zu entscheiden, wann und unter welchen Bedingungen es für ihr Kind gut ist, auf die Welt zu kommen. Der Abbruch einer Schwangerschaft

während der ersten 12 Wochen wurde legal, also Fristenlösung statt §§218/219a, Bürokratie und Zwangsberatung.

Leider wurden damals diese Emanzipation fördernden Maßnahmen durch eine „Muttipolitik“ begleitet, wie sie von den sich bereits ab Herbst 1989 auch innerhalb der Parteien herausbildenden Frauenverbindungen, allen voran der UFV (Unabhängiger Frauenverband) benannt und kritisiert wurde.

Für sie alle bedeutete aber der Beitritt der DDR zur alten Bundesrepublik einen Anlass, um den Erhalt der vorherigen Rechte zu kämpfen.

Lisa-Frauen (Aktivistinnen, einer vor 31 Jahren gegründeten Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS/der LINKEN) demonstrierten am 1. Mai 1991 in Halle unter der provokant ironischen Losung „Kein Sex mehr ohne Zwangsberatung!“  
Marlene Neuber

## Rezension

**Annelie Naumann Matthias Kaman Corona-Krieger. Verschwörungsmuthe und die Neuen Rechten Eulenspiegelverlagsgruppe Berlin 2021, ISBN 978-3-360-01377-4, 189 S.**

Der Titel beginnt mit dem Schlagwort „Corona“, Schwerpunkt des Buches ist jedoch die Darstellung und Analyse der Positionen von „Rechten“ aller Colour. Im Vorwort des Erziehungswissenschaftlers Micha Brumlik wird dabei explizit auf die Verknüpfung von großen Seuchen und Antisemitismus eingegangen, der die meisten seuchentheoretischen Weltbilder prägt (s. S. 9).

Im Einleitungskapitel der beiden GermanistInnen A. Neumann (weiterhin Studium Politikwissenschaften) und Matthias Kamann (ferner Studium europäische Ethnologie) wird gezeigt, dass jener Kampf gegen die Schutzmaßnahmen in der Corona-Pandemie „nicht der Freiheit diene. Sondern dass er umgekehrt den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat bedroht“ (S. 12). Im nächsten Abschnitt werden „Mythen in Zeiten der Pandemie“ analysiert und dabei immer wieder Zusammenhänge mit Geldflüssen herausgearbeitet.

Außerdem wird nachgewiesen, dass gerade im 1. Pandemiejahr die Forderung nach Lockerungen wenig mit persönlicher Betroffenheit zu tun hatte.

Im zweiten Kapitel „Bewegungen“ wird ausführlich der Frage nachgegangen, warum Menschen, die sich angeblich für die Einhaltung demokratischer Regeln einsetzen, gemeinsam mit Reichsbürgern und Neonazis demonstrieren (S. 79ff). Die Nähe dieser Ansichten zu Personen aus dem Spektrum der Alternativmedizin wird ebenso erläutert, wie die besondere Präsenz von BürgerInnen aus den neuen Bundesländern. Analysiert wird auch der Umgang/die Kaperung von öffentlichen Räumen (S. 112ff). In einem weiteren Abschnitt wird insbesondere auf die AfD, den Unterschied zwischen „Flügel“ 1.0 und „Flügel“ 2.0 eingegangen und Richtungskämpfe innerhalb der AfD erläutert. Die im Anhang befindliche Chronik erleichtert das Zurechtfinden. Ein Namensverzeichnis wäre auch hilfreich gewesen, da es gerade in Zeiten einer bevorstehenden Bundestagswahl spannend ist, Positionen einzelner Abgeordneten in ihrer zeitlichen Entwicklung (und Kehrtwende) nachzulesen.

## Rezension

**Landolf Scherzer Weltraum der Provinzen. Ein Reporterleben. Aufbau Verlag Berlin 2021, ISBN 978-3-351-03853-3, 281 S.**

Dieses Buch ist ein „must have“ für alle Fans von Landolf Scherzer. Ruft es doch nicht nur vergangene Texte in Erinnerung, sondern vor allem: sie werden erweitert um Hintergründe der damaligen Recherchen, Informationen über Verbote - und den entsprechenden Umgang mit der „Schere im Kopf“.

Doch auch für alle, die bisher noch kein Buch von Landolf Scherzer gelesen haben (für mich kaum vorstellbar) ist es eine spannende Lektüre - sowohl zur Person des Schriftstellers, als auch zum Literaturbetrieb in der DDR und natürlich vor allem zu zahllosen Menschen in ihren Geschichten. „Menschen-sammler“ nennt ihn Hans-Dieter Schütt an einer Stelle des dokumentierten Gesprächs zwischen den beiden. Zunächst jedoch führt er ein in das Leben und die Gedankenwelt des Autors - wer könnte dies besser als ein ebenfalls langjährig Angehöriger der schreibenden Zunft und bestens vertraut mit ihren Problemen und kreativen Lösungsmöglichkeiten in der DDR. Frank Quilitzsch, Journalist und Autor der nächsten Generation, beschreibt sein Kennenlernen mit Scherzer in einem Kritikerseminar und darauf folgenden Begegnungen bzw. Leseerfahrungen mit dessen Texten. Immer wieder geht es um „Der Erste“, „Der Zweite“, „Der Dritte“ und natürlich „Der Rote“ - Texte über Parteifunktionäre in unterschiedlichen sozialen Gefügen, unterschiedlichen Parteibüchern und unterschiedlichen Handlungsspielräumen. Jedoch auch die sog. „kleinen Leute“ kommen bei Landolf Scherzer wiederholt zu Wort - sowohl bei seiner Wanderung entlang des „grünen Bandes“ (des ehemaligen Grenzstreifens zwischen DDR und BRD) als auch in „Immer geradeaus. Zu Fuß durch Europas Osten“ (einer wochenlangen Wanderung wegen Ausfall der geplanten Fahrgelegenheit). „Dass Profane ist das eigentlich unerschöpfliche Wunder“ meint er selbst dazu (S. 248).

Es faszinieren nicht nur die einzelnen Episoden und Schicksale, sondern auch kleine Sätze wie „... es gibt keine Wendehälse. Die zuvor Speichellecker, Anpasser, Karrieristen waren, sind auch in der jetzigen Gesellschaft Speichellecker, Anpasser und Karrieristen“ (S. 126).

Beeindruckend sind seine Reportagen aus Afrika - schon zu DDR-Zeiten erschienen - jetzt jedoch mit vielen Eindrücken und Beschreibungen, die damals nicht gedruckt wurden. Landolf Scherzer war Mitglied einer FDJ- Brigade in Mocambique - nicht als stiller Beobachter, sondern als Arbeiter ohne Privilegien, der abends seine Eindrücke und Erfahrungen zu Papier bringt. Gleiches gilt für seine Tätigkeit auf einem Fischtrawler - wo er ebenfalls auf dem „untersten Deck“ lebt und arbeitet.

Es können hier nicht alle Erlebnisse und Episoden (auch aus China und der Sowjetunion) aufgezählt werden - diese Buch muss man einfach gelesen haben - um dann zu wissen, welche Bücher vom Autor als nächstes auf die Lektüreliste müssen (der Verlag hat dankenswerterweise eine Liste beigefügt).

## Wir bitten euch um Unterstützung

Nach einem kräftezehrenden Jahr, wollen wir endlich wieder ein buntes Sommerfest am Linken Laden feiern.

Kommt zahlreich am Freitag, dem 16. Juli, ab 14:30 Uhr zu uns in die Leitergasse 4.

Damit wir eine reichgedeckte Kaffeetafel und zum Abend hin ein vielfältiges Büfett haben, wäre es großartig, wenn ihr Kuchen, Torten oder Kekse backen könntet oder für den Abend einen Salat, Häppchen oder Snacks mitbringt.

So haben wir sicher für jede und jeden etwas dabei.

Bitte meldet euch unter 0345/2025590 oder an [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de), wenn ihr etwas mitbringen wollt.

Und wenn ihr Unterstützung beim Transport braucht, werden wir das koordinieren.

Vielen Dank!

## „Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit“

Auch in Corona-Zeiten ist die historische Erinnerung wichtig - wenn nicht sogar wichtiger denn je. Und heute, am 76. Jahrestag der Befreiung Deutschlands von den Nazis erst recht.

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 unterzeichneten in Berlin-Karlshorst Vertreter des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht vor den Vertretern der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition die offizielle Urkunde über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Es war das offizielle Ende eines verbrecherischen Systems, dessen Weltherrschaftspläne, Herrschaftspraxis und Rassenwahn die menschliche Zivilisation generell in Frage gestellt hatten.

Am 8. und 9. Mai feiern wir deshalb nicht nur das Ende des 2. Weltkrieges und damit der NS-Herrschaft. Wir gedenken ebenso jenen Millionen Menschen, die Opfer faschistischer Gewalt und des Krieges wurden. Ungeheure Verbrechen wurden im Namen Deutschlands von Deutschen begangen und die Bilanz des Zweiten Weltkrieges ist eine Bilanz des Schreckens und des Terrors: Mehr als 60 Millionen Menschen starben bei Kampfhandlungen, durch Repressalien, durch Aushungern, durch Massenvernichtungsaktionen und durch Kriegseinwirkungen. Von den 18 Millionen Menschen, die das Naziregime in Konzentrationslager sperrte, wurden elf Millionen ermordet oder durch Zwangsarbeit vernichtet, darunter zehntausende Menschen mit Behinderung, politisch Andersdenkende und Homosexuelle. Unfassbar ist die Shoah, der industrielle Massenmord an sechs Millionen europäischer Jüdinnen und Juden, die - wie auch Sinti und Roma - dem Rassengenozid zum Opfer fielen. Bis heute weitgehend aus dem kollektiven Gedächtnis der Deutschen gelöscht sind die ungeheuren Verbrechen an den Völkern Ost- und Südosteuropas im Rahmen des NS-Raub- und Vernichtungskrieges und der Ideologie vom „Lebensraum im Osten“ und an vielen Menschen in den anderen im Krieg besetzten Staaten. Immer weniger Menschen wissen überhaupt noch, dass den höchsten Blutzoll im Zweiten Weltkrieg die Soldaten der Sowjetunion sowie die Zivilbevölkerung der Länder im Osten und Südosten Europas zahlten. Und dass der Roten Armee der Hauptanteil an der Befreiung Europas vom Faschismus zu verdan-



ken ist. Wir gedenken aber auch denjenigen unter den Deutschen, die aufgrund ihres politischen und moralischen Widerstandes verfolgt, vertrieben oder eingesperrt und ermordet wurden. Allen voran Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, aber auch Christen und konservativ denkende Demokraten, die unter großen Opfern Widerstand geleistet haben. Sie waren eine Minderheit. Die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung, deren Leitbild Rassismus und menschenverachtender Fanatismus war, trug das faschistische Terrorregime bis zum Ende. Erst als der Krieg verloren war, endete auch das Morden in den Lagern und Kerkern.

Die Völker und Soldaten der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens und aller weiteren alliierten Staaten haben für die Befreiung vom Nazi-Faschismus unvorstellbare Opfer erbracht. Ihnen gilt unser Dank. Die Befreiung brachte den Deutschen und den Menschen in weiten Teilen Europas einen nun seit 76 Jahren andauernden Frieden und die Durchsetzung der universellen Menschen- und Freiheitsrechte. Unser Grundgesetz, mit seinem antifaschistischen Kern gleich schon in Art. 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, ist Ausdruck dieser Befreiung und zugleich Basis für weiteren

sozialen Fortschritt in unserer Gesellschaft. Diesen Fortschritt wollen die Ewiggestrigen und neuen Rechten mit aller Macht verhindern. Überall versuchen sich Nazis und andere extreme Rechte wieder breit zu machen. In vielen europäischen Ländern haben sie starke Parteien, in manchen stellen sie die Regierung. In den USA haben sie versucht, gegen die Präsidentenwahl zu putschen. In unserem Land finden sie sich in der AfD in allen Parlamenten. Auf den Straßen gehen sie aggressiv und gewaltsam gegen Menschen vor, die nicht ihrem Weltbild entsprechen. Das dürfen Linke und alle anderen Demokraten niemals unwidersprochen hinnehmen. Denn Verantwortung für die Geschichte zu übernehmen bedeutet für DIE LINKE mehr als Erinnerung und Gedenken allein. Verantwortung heißt für uns, immer dann aktiv einzugreifen, wenn

NS-Verbrechen geleugnet oder verharmlost werden. Immer und überall solidarisch zu sein, wenn Jüdinnen und Juden Antisemitismus und Bedrohung erfahren. Niemals zu schweigen oder wegzugucken, wenn Menschen wegen ihres Aussehens, ihrer Religion, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer politischen Haltung von Rechten verbal oder physisch attackiert werden.

Der 8. Mai ist der richtige Tag, sich darüber zu freuen, dass der europäische Faschismus vernichtend geschlagen wurde. Und es ist der richtige Tag dafür zu sorgen, dass das auch in Zukunft so sein wird.

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

## **Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt**



**DIE LINKE.**  
Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt

DIE LINKE. Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt  
Domplatz 6-9  
39104 Magdeburg  
Telefon: +49 391 560 5007 /03  
Fax: +49 391 560 5008  
fraktion@dielinke.lt.sachsen-  
anhalt.de

Mit 12 Abgeordneten sind wir als Fraktion DIE LINKE in der 8. Wahlperiode im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten. In der Opposition wird es zum einen unsere Aufgabe sein, die Landesregierung vor uns herzutreiben, damit schönen Worten des Koalitionsvertrages entsprechende Taten folgen. Zum anderen müssen wir die Themen voranbringen, die die Koalition unerwähnt lässt. Grundlage unseres gemeinsamen Handelns bildet das Wahlprogramm der LINKEN Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2021. Schwerpunkt ist und bleibt für uns die Bekämpfung prekärer Beschäftigung, von Kinderarmut und zunehmender Altersarmut. Wir werden weiterhin für die Verbesserung der Bildungs-, Kultur- und Hochschullandschaft streiten und uns für den Erhalt der Daseinsvorsorge, vor allem im Bereich des Gesundheitswesens, einsetzen. Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wird ebenfalls ein wichtiges Thema auf unserer Agenda bleiben